

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 75 (2004)
Heft: 3

Artikel: Sozialalmanach 2004 : die Demografie als Herausforderung für die Schweizer Gesellschaft : soziale Gerechtigkeit wird neu definiert
Autor: Rizzi, Elisabeth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialalmanach 2004: Die Demografie als Herausforderung für die Schweizer Gesellschaft

Soziale Gerechtigkeit wird neu definiert

■ Elisabeth Rizzi

Die demografische Entwicklung – die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft – ist eine Herausforderung für die Gesellschaft, aber auch eine Chance. Der «Sozialalmanach 2004» beschäftigt sich mit dem Thema aus allen Blickwinkeln. Fazit: Die Schweiz ist auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft und auf einen breit abgestützten Generationenvertrag angewiesen. Das Hauptproblem ist jedoch nicht die Überalterung, sondern die Annäherung der Lebensstile der verschiedenen Generationen.

Kaum jemand in der Schweiz möchte den Sozialstaat abschaffen. Bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage des GfS-Forschungsinstitutes waren 93 Prozent der Befragten klar gegen Einschränkungen von Sozialleistungen. 24 Prozent wünschen sich einen starken und 25 Prozent immerhin einen leichten Ausbau der Leistungen. 44 Prozent sind mit dem Status quo zufrieden. Nur 3 Prozent der Befragten befürworten einen leichten und ein Prozent einen starken Abbau. Trotzdem wird der Generationenvertrag immer mehr und immer lauter in Frage gestellt.

Dies hat verschiedene Gründe: Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter an. Die Reallöhne stagnieren. Diese Tatsachen führen dazu, dass die untere Mittelschicht immer stärker verarmt. Zwischen 1991 und 1998 konnte einzig die Oberschicht ihr Einkommen steigern. Unter diesen Bedingungen bedeuten die wachsende Belastung mit Sozialabgaben und der Anstieg der Krankenkassenprämien für sozial schwächer gestellte Menschen ein echtes Verarmungsrisiko, konstatiert Carlo Knöpfel im «Sozialalmanach 2004».

Heute leben rund 850 000 Menschen in der Schweiz in einer finanziell prekären

Situation und sind von Armut betroffen. Gleichzeitig nimmt bei einer wachsenden Zahl von Altersvorsorgebezüglern die Quote der Zahlenden ab. Ab dem Jahr 2025 droht die Bevölkerung der Schweiz zu schrumpfen. Es wird deshalb immer schwieriger, den Mittelbedarf für die Sozialwerke zu decken. Nicht zuletzt stösst auch die Sozialhilfe zunehmend an ihre Grenzen. Ursprünglich wurde sie als überbrückende Hilfe konzipiert. Doch heute muss sie immer mehr dauerhafte Leistungen erbringen. Sie muss herhalten, um die Lücken der strukturellen Probleme im Arbeitsmarkt zu füllen. Dies alles trägt dazu bei, dass der soziale Frieden, den eigentlich fast niemand abschaffen

Ab dem Jahr 2025 droht die Bevölkerung der Schweiz zu schrumpfen und es wird immer schwieriger, den Mittelbedarf für die Sozialwerke zu decken.

Foto: cv

will, brüchig wird. Die Autoren des «Sozialalmanachs 2004» suchen in verschiedenen Aufsätzen Strategien zu finden für die Folgen der demografischen Entwicklung.

Migranten stoppen Überalterung

Die Soziologin Claudia Scheid befasst sich mit der zunehmenden Überalterung der Schweizer Gesellschaft. Sie sieht eine enge Korrelation zwischen der Anzahl der geborenen Kinder und den Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes. In Ländern mit einer integrierten Familienpolitik ist die Kinderrate deutlich höher als in Nationen, in denen die Arbeitsmarkt- und Karrierechancen von Frauen tiefer sind. In Frankreich beispielsweise beträgt die Geburtenrate pro Frau 1,8 Kinder, in den ebenso familienfreundlichen Ländern Dänemark und Norwegen ebenfalls 1,7 respektive 1,8. Dagegen bekommen Frauen mit einer Schweizer Staatsbürgerschaft durchschnittlich 1,2 Kinder.



Hausw. Betriebsleiterin

Optimieren Sie den hauswirtschaftlichen Einkauf!

**Berufsmode
Bettwäsche
Patientenwäsche
OP-Artikel
Spezialartikel**

Ob für die kurzfristige Kleinmengen-Bestellung oder für die gesamtheitliche Konzeptlösung, ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis optimiert Ihren Textileinkauf.

Und eine Offertanfrage lohnt sich immer!

wimo
Schweizer Hersteller

4852 Rothrist
Tel. 062 794 15 44
Fax 062 794 41 44
info@wimoag.ch



Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern
... eine Institution des Kantons Bern



Kann Kurzschlüssen vorbeugen.

z.B. durch das Fachseminar

"Wenn der Kopf nicht mehr weiter weiss"

Neugierig auf weitere Angebote?

BFF Bern

Weiterbildung Sozialpädagogik

Monbijoustr. 19, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 384 33 33, Fax. 031 384 34 00
wb.bff@bern.ch, www.bffbern.ch

LOBOS Informationstagung

Wer kennt sie nicht, die Schlagwörter und – Aussagen, die zur Zeit viele Heimleiter beschäftigen:

- Qualität in der Pflege
- Externes Hosting/ASP
- Elektronische Pflegedokumentation
- BESA contra RAI/RUG

Mit genau diesen Themen befassen wir uns an den beiden Informationstagungen und konnten dazu kompetente und praxisbezogene Referenten gewinnen!

Dienstag, 27. April 2004, Hotel Wartmann in Winterthur
09.00 – 16.30 Uhr mit anschliessendem Apéro

Donnerstag, 13. Mai 2004, Hotel Kreuz in Bern
09.00 – 16.30 Uhr mit anschliessendem Apéro

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf unserer Homepage unter www.lobos.ch/events



LOBOS Informatik AG

Bahnstrasse 25, 8603 Schwerzenbach
Telefon 01 825 77 77, Fax: 01 825 77 00
E-Mail: info@lobos.ch

In Spanien sind es gar 1,1 Kinder. Aus diesen Zahlen folgert Scheid, dass der Mythos, wonach Frauen in jedem Fall und unter allen Bedingungen Kinder grossziehen, falsch ist.

Werner Haug, Leiter der Abteilung Bevölkerung und Beschäftigung im Bundesamt für Statistik, ortet in der sinkenden Zahl der Geburten eines der Hauptprobleme für die Sicherung des sozialen Friedens. Die Gebärmüdigkeit, die letztendlich zu einer Überalterung der Gesellschaft führt, ist laut Haug aber nicht Ausdruck eines wachsenden Verdrusses vor dem Kinderhaben. Viel mehr enthalten die sozialen Lebensbedingungen und die individuellen Lebensläufe so viele Restriktionen und Unsicherheiten, dass Kinderwünsche nicht umgesetzt oder zumindest zurückgesteckt werden. Haug schlägt deshalb vor, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine bessere Vereinbarung von Beruf und Familie ermöglichen. Allerdings: Selbst wenn die durchschnittliche Kinderzahl von 1,2 auf 1,5 gesteigert werden könnte, wird die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2050 um zehn Prozent zurückgehen.

Als einzige Alternative – kommen verschiedene Autoren zum Schluss – werden die Konsequenzen der abnehmenden Geburtenrate mit einer steigenden Migrationsrate abgefedert. Obwohl auch Migrantinnen und Migranten altern, nimmt der Anteil von Altersrentenbezüglern im Verhältnis zu Erwerbstätigen langsamer zu und erreicht ein weniger hohes Niveau. Leisten doch schon heute Migranten in der Schweiz rund ein Drittel aller Arbeit und tragen so zum Wirtschaftswachstum bei.

Nichtsdestotrotz bleibt die Tatsache bestehen, dass die Zahlungen von Erwerbstätigen an Rentenbezüglern steigen werden, nicht zuletzt, weil die Lebenserwartung von Betagten laufend steigt. Entsprechend könnte dies bedeuten, dass die Ansprüche der jüngeren Generation auf Rentenleistungen abnehmen werden. Ohne

Massnahmen, welche die Auswirkungen auf tiefere soziale Schichten aufzufangen, müsse damit gerechnet werden, dass sich die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten im Rentenalter verschärfen, glaubt Ludwig Gärtner, Leiter des Bereiches «Forschung und Entwicklung» im Bundesamt für Sozialversicherung. Dies wiederum könnte die Glaubwürdigkeit des Systems in Frage stellen.

Arbeit von Lohn loskoppeln

«Doch wir brauchen einen neuen Generationenvertrag», warnt Hans Ruh, emeritierter Professor für Sozialethik an der Universität Zürich. Gerade heute, wo der flapsige Slogan «Lernen, leben, liegen» ein Menschenleben nicht mehr adäquat umschreibe, sei eine Regelung der Lebensverhältnisse für alle notwendiger denn je. Heute, so Ruh, gelten alle drei Begriffe «Lernen, leben, liegen» ein Leben lang. Die Lebensstile der Generationen näherten sich immer mehr einander an: Weil sich die Welt so schnell verändert, muss der Mensch ein Leben lang lernen. Liegen ist nicht mehr nur den Alten vorbehalten, sondern dient auch der gesunden Lebensgestaltung von Jungen. Und da die Betagten heute zur vermögendsten Bevölkerungsgruppe gehören, steigt die Bedeutung des Geniessens und Lebens auch für diese Generation. Die neuen Wertevorstellungen ergeben für Ruh Handlungsbedarf für die folgenden Bereiche: Arbeit, Lohn, Versicherung, Dienstleistungen, Steuer, Anreize und Arbeitsmarkt. Es müsse möglich sein, fordert er, die Arbeit zu flexibilisieren. Für Ruh steht dabei die Möglichkeit im Vordergrund, dass in der Jugend Zeit zum Lernen zur Verfügung steht und dass alte Menschen ohne Pensionsgrenze arbeiten dürfen – je nach Lust und Gesundheit. Dafür könnte im Gegenzug die Arbeitszeit ab 55 Jahren sukzessive abnehmen. Grosse Notwendigkeit sieht Ruh deshalb auch in

Investitionen für das lebenslange Lernen. Um mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten zu können, müsste auch gerade älteren Menschen eine Aus- und Weiterbildung ermöglicht werden.

Doch gibt es auch viele Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht können, beispielsweise weil sie keine Stelle haben oder weil sie behindert sind. Es sei darum problematisch, die Höhe des Lohnes direkt von den jeweiligen Leistungen abzuleiten. Ruh fordert stattdessen einen staatlich gesicherten Grundlohn von monatlich 1500 Franken. Dieser würde im Sinn einer negativen Einkommenssteuer wirken und würde ein Leben lang ausgezahlt. Um existenzsichernd zu leben, wäre vorgesehen, dass die Bürgerinnen und Bürger daneben flexibel einer Arbeit nachgehen. Ein solches Arbeitsmodell würde auch eine so genannte Sozialzeit ermöglichen, also Zeit, gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Diese könnte auch obligatorisch verordnet werden. So würde neben dem monetarisierten Arbeitsmarkt ein zweiter Arbeitsmarkt generiert, auf dem gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen angeboten würden, beispielsweise die Betreuung von Betagten oder Behinderten, die ansonsten viel Geld verlangen würde.

Fazit: Soziale Sicherheit, so wie sie bisher konzipiert wurde, wird für immer mehr Menschen ein Luxus. Die Gesellschaft driftet auseinander. Eine Reihe von Veränderungen muss berücksichtigt werden: die veränderten Lebensvorstellungen von Betagten beispielsweise oder aber auch die ständige Zunahme struktureller Arbeitslosigkeit. Wenn der soziale Frieden auf die neuen Herausforderungen reagiert, kann er langfristig erhalten werden. ■